

## 711 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# Bericht

## des Außenpolitischen Ausschusses

### über die Regierungsvorlage (623 der Beilagen): Bundesgesetz über die Einräumung von Privilegien und Immunitäten an die Unabhängige Kommission für Fragen der Abrüstung und der Sicherheit

Die gegenständliche Regierungsvorlage bezweckt, der Unabhängigen Kommission für Fragen der Abrüstung und der Sicherheit (Palme-Kommission) jene Rechtsstellung einzuräumen, wie sie derzeit dem Institut für angewandte Systemanalyse zusteht.

Die Palme-Kommission verfügt über ein ständiges Sekretariat in Wien und beabsichtigt, in Österreich einen aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Fonds zu begründen. Da derzeit keine gesetzliche Grundlage besteht, um der Kommission irgendwelche Vorrechte einzuräumen, bedarf es zur Wah-

rung des Legalitätsprinzips der Erlassung dieses Bundesgesetzes.

Der Außenpolitische Ausschuss hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 30. April 1981 in Verhandlung genommen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager, Dr. Blenk und des Ausschussobmannes Abgeordneten Marsch sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr wurde der Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen.

Der Außenpolitische Ausschuss stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (623 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1981 04 30

**Heinz**  
Berichtersteller

**Marsch**  
Obmann